



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 27.09.2010

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Bis TOP 9

Herr Stadtrat Brenner

Bei TOP 5 befangen

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Bei TOP 5 befangen

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Bei TOP 6 befangen

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	Ab TOP 3
Frau Engelhardt, Kulturamt	
Frau Fischer, Stadtplanungsamt	TOP 3 bis TOP 4
Herr Kopf, Hochbauamt	TOP 3 bis TOP 9
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	Bis TOP 9
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	Ab TOP 4
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	TOP 2 bis TOP 9
Herr Erster Bürgermeister Wersch	Ab TOP 3

Gäste:

Frau Dullenkopf, Jugend-Aktiv
Herr König, Jugend-Aktiv

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Konzeption und Erfahrungsbericht Präsenzdienst	134/2010
3.	Mobile Jugendarbeit / Streetwork in Biberach - Konzeption von Jugend Aktiv e.V.	121/2010
4.	Mehrgenerationenhaus / Stadtteilhaus Gaisental e.V. - Fortsetzung der Vereinbarung über den Betriebskostenzuschusses	128/2010
5.	Änderung des Bebauungsplanes "Grüner Weg West/Krankenhausbereich 1. Änderung" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB in einem Teilbereich (Wegparzelle 1577/25) Aufstellungsbeschluss	147/2010
6.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Pfluggasse/Bachgasse II"	156/2010 + 156/2010-1
7.	Kindergarten St. Nikolaus - Erweiterung Entwurf und Kostenberechnung	157/2010
8.	Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in der Kinderbetreuung 2009	149/2010
9.	Fortschreibung Radwegekonzept 2010	154/2010
10.	Änderung der Hauptsatzung zur Abschaffung der Unechten Teilortswahl bei den Kommunalwahlen - Bildung eines Vermittlungsausschusses	41/2010 - 3
11.	Bürgerversammlung am 18. Oktober 2010 - Festlegung von Termin, Ort und Thema	161/2010
12.	Einführung einer Schmutz- und Niederschlagswassergebühr	158/2010
13.	Bekanntgaben - GTZ-Projekte in Telawi	
14.	Verschiedenes - Stuttgart 21	

Die Mitglieder wurden am 16.09.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 23.09.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Hagen-Vollmer fragt, warum die Stadt denkmalgeschützte Gebäude an Privatinvestoren veräußere. Er gibt zu bedenken, ob man dadurch nicht die Einflussmöglichkeit zum weiteren Umgang mit dem Gebäude verliere und verweist auf §2 Landesdenkmalgesetz, wonach eine Erhaltungspflicht bestehe. Dieses Hauspfand verliere die Stadt seines Erachtens im Falle einer Veräußerung.

OB Fettback verweist auf die Zuständigkeit von EBM Wersch und entschuldigt diesen. Er könne erst später zur Sitzung kommen, da er noch an einer Sozialausschusssitzung des Kreistages teilnehmen müsse. Derartige Fragen würden zwischen Finanz- und Wirtschaftsdezernent und Baudezernent geklärt und dann erfolge in der Regel eine Einzelfallentscheidung des Gemeinderats.

BM Kuhlmann lässt wissen, sofern Gebäude für öffentliche Zwecke benötigt würden, verkaufe man sie nicht. Vielfach habe man jedoch Gebäude in städtischem Eigentum, die eigentlich nur dem Wohnen dienten. Diese versuche man teilweise zu veräußern, wobei Privateigentum auch an den Denkmalschutz gebunden sei.

Herr Hagen-Vollmer spricht die Pfluggasse 24/1 an, die man nicht erhalten habe.

BM Kuhlmann erwidert, das Vordergebäude befinde sich im Privatbesitz und das Hintergebäude sei städtisch. Man habe schon länger mit dem Landesdenkmalamt festgestellt, dass die Gebäude in schlechtem Zustand seien und keine Erhaltung gefordert werde.

Herr Hagen-Vollmer hebt auf die Sorgfaltspflicht der Stadt bezüglich denkmalgeschützter Gebäude ab, worauf BM Kuhlmann entgegnet, die Stadt Sorge sich intensiv um die Sanierung historischer Gebäude und versuche adäquate Sanierungen und Nutzungen zu erreichen.

OB Fettback fügt an, es trage auch zur Lebendigkeit der Innenstadt bei, wenn diese Ziele durch Privatnutzungen erreicht werden könnten, denn die Lebendigkeit der Stadt sei neben der Kulturguterhaltung höchstes Ziel.

Herr Hagen-Vollmer fragt weiter, ob der Kamin und die Aussichtsplattform beim Kleeblatthaus erhalten würden.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Aussichtsplattform werde erhalten, der Kamin jedoch nicht. Dieser habe aber keinen Zusammenhang mit der Aussichtsplattform.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 134/2010 zur Information vor.

OB Fettback verweist auf den Zusammenhang mit dem nächsten Tagesordnungspunkt, der mobilen Jugendarbeit. Fördern und Fordern sei als ein Paket zu sehen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in der Stadt müsse man ernst nehmen und für junge Menschen Angebote schaffen. Insgesamt habe man hierfür drei Personalstellen geschaffen, wovon zwei bei Jugend-Aktiv seien, die man über den Zuschuss bezahle. Insgesamt seien beide Maßnahmen als richtiger Weg anzusehen.

Zum Präsenzdienst lässt er wissen, Herr Knöpfel sei erkrankt und könne daher nicht an der Sitzung teilnehmen. Fragen müsse man daher gegebenenfalls zurückstellen, wobei Details in der Vorlage dargestellt seien. Die geschaffene Stelle sei aufgeteilt auf verschiedene Personen. Dass es sich um einen Erfolg handle sei auch daran ablesbar, dass man immer wieder auf den Präsenzdienst angesprochen und dieser nachgefragt werde. Die Nachfrage sei größer als das, was geleistet werden könne. Ein Wehrmutstropfen sei, dass die Stadt viel Geld aufgewendet habe und gleichzeitig durch die Polizeireform bei der Polizeidirektion Biberach Personal abgebaut worden sei, was den Erfolg deutlich schmälere.

StR Abele meint, man habe die richtige Entscheidung getroffen. Die Vorlage liefere in der Darstellung der Maßnahmen und den rechtlichen Rahmenbedingungen wichtige Informationen. Fragen wie die Konzentration der Arbeit, wo aktuelle Probleme seien, sprich ein Erfahrungsbericht, fehlten. Dies benötige man zur Beurteilung, ob das Konzept richtig sei und wo Handlungsbedarf bestehe. Die CDU-Fraktion habe beispielsweise immer wieder erklärt, dass eine Präsenz bis Mitternacht als nicht ausreichend erachtet werde. Er bittet um Auskunft und Erfahrungswerte zur Situation nach 24 Uhr bis morgens. Ferner interessiere, welche Ideen bestünden. Er meint, eventuell könne man zu einem späteren Zeitpunkt diese Informationen in einer Informationsvorlage nachliefern.

Bei der Aufstellung der Arbeit kristallisierten sich als ein Schwerpunkt Platzverstöße und die Ahnung von Verkehrsdelikten heraus, was nicht unbedingt Intention des Präsenzdienstes sei. Er fragt, in wie weit das Ordnungsamt mit anderen Einrichtungen, beispielsweise Jugend-Aktiv, vernetzt sei und welcher Austausch stattfinde.

StR Lemli dankt für die Informationen. Es handle sich jedoch mehr um einen Tätigkeits- als um einen Erfahrungsbericht. Aufgefallen sei, dass Kontrollrouten bestünden und der Einsatz nicht ziellos erfolge. Man erfahre auch, dass der Präsenzdienst präsent sei. Man vermisse jedoch eine Tätigkeitsbewertung, sprich wo Verbesserungsvorschläge bestünden und wo man nachsteuern müsse. Er nennt als Beispiel die Abfallablagerungen im Gebiet Fünf Linden, die erheblich zugenommen hätten. Interessant wäre zu wissen, woraus dies resultiere, ob es sich um Müll von Durchreisenden oder Bewohnern handle und was man als Gegenmaßnahmen beabsichtige. Auch die SPD-Fraktion interessiere sich für die Verzahnung mit anderen Organisationen.

Sicherheit sei allerdings immer noch eine Landesaufgabe und dürfe nicht kommunalisiert werden. Die Polizei stelle fest, dass ihre Grenzen erreicht seien. Es dürfe nicht sein, dass sich nur reiche Gemeinden Sicherheit leisten könnten. Daher müsse man gut überlegen, ob man als Kommune so viel investiere.

Auch StR Zügel meint, die Einführung des Präsenzdienstes sei die richtige Entscheidung gewesen. Die Ziele würden auf Seite 2 der Vorlage richtig formuliert. Der Präsenzdienst habe zu einem besseren Sicherheitsgefühl der Bürger beigetragen. Die Ahndung von Parkverstößen dürfe nur sekundär stattfinden. Er fragt, ob die Kontrollrouten verändert würden. An Silvester sei der Präsenzdienst nicht im Einsatz. Er fragt, ob dies über die Polizei reguliert werden könne. Ferner bittet er mitzuteilen, ob eine Ausweitung des Präsenzdienstes gedacht sei, beispielsweise auf die Ortsteile.

StR Dr. Schmid bemerkt, die Grünen stünden voll hinter dem Präsenzdienst. Er lohne sich und sei kostengünstig. Er fragt, ob die Einsatzzeiten flexibel gestaltet werden könnten. In der Zeit zwischen 16 und 18 Uhr seien beispielsweise viele Bürger unterwegs und ein Präsenzdienst nicht so dringend. Dagegen sei die Zeit nach 24 Uhr vor allem am Wochenende eine Problemzeit. Die Ahndung von Bagatelldelikten wie Parkverstößen müsse sekundären Charakter haben und man solle nicht so viel Kapazität hierauf verwenden. Er plädiert für eine Fortsetzung, eher sogar Ausdehnung des Präsenzdienstes.

StR Braig unterstreicht, dass zwischen 16 und 20 Uhr der Präsenzdienst nicht gefragt sei, da hier die soziale Kontrolle hoch sei. Dagegen wäre eine Ausdehnung des Dienstes auf das Wochenende und nach 24 Uhr wichtig. Nach 20 Uhr müsse man auch keine Parksünder mehr ahnden. Er erkundigt sich nach den Kosten des Präsenzdienstes und fragt, ob Müllsünder zur Verantwortung gezogen würden, sofern man die Verantwortlichen ermitteln könne. Er fragt, wer dies feststelle und bittet Derartiges im nächsten Bericht zu präzisieren.

OB Fettback betont, man stehe noch am Anfang des Prozesses. Die Bewertung erfolge später. Er unterstreicht, die Verfolgung von Parkverstößen erfolge nur dort, wo die Verstöße evident seien, wenn also beispielsweise Feuerwehrzufahrten zugeparkt würden. Ferner folge diese Ahndung durch den Präsenzdienst nur sekundär. Man müsse bei Beurteilung der Zahlen auch wissen, dass beispielsweise der Aufwand zur Müllsünderermittlung wesentlich problematischer und aufwendiger sei als dies bei Parksündern der Fall sei. Nach 24 Uhr ende die Kompetenz der kommunalen Sicherheitsüberwachung. Störungen nach 24 Uhr seien in der Regel auch solcher Art, dass sie vom Präsenzdienst nicht bewältigt werden könnten. Die erforderliche Qualifizierung sei nicht gegeben, auch wenn man zur Ausbildung des Präsenzdienstes viel getan habe. Seines Erachtens sei die Zeit zwischen 16 und 18 Uhr keineswegs unproblematisch, da ein Teil der jungen Menschen bereits am frühen Abend Dinge unternehme, die nicht richtig seien. Es sei nicht an eine Ausweitung des Präsenzdienstes gedacht.

Herr Fessler lässt wissen, die Routen des Präsenzdienstes würden ständig verändert, sodass sie nie zum gleichen Tag und zur selben Zeit an der gleichen Stelle seien. Eine Vernetzung mit Jugend-Aktiv habe man bislang bewusst vermieden, da diese von Jugend-Aktiv nicht gewollt sei, um ein gutes Verhältnis zu den Jugendlichen aufbauen zu können.

Herr König fügt an, man habe sich aber mehrmals getroffen und nehme wenn nötig Kontakt auf. Man habe sich jedoch darauf geeinigt, dass die Streetworker nicht mit auf Streife gingen. Absprachen zu notwendigen Kontrollpunkten und Ähnlichem fänden jedoch durchaus statt.

OB Fettback fügt an, man nehme auch ständig Bürgeranregungen auf, wo Kontrollen erfolgen sollten. Auch in der Kommission Kommunale Kriminalprävention finde ein Austausch über derartige Themen statt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 121/2010 zur Information vor.

OB Fettback begrüßt die Vertreter von Jugend-Aktiv und bringt zum Ausdruck, dass die Vorlage sehr gut sei.

Herr König entschuldigt vorab Herrn Habermann, der sich im Urlaub befinde. Als Geschäftsführer sei er sehr zufrieden mit der Einführung des Arbeitsfeldes der Streetworker. Dieses sei intensiv und umfangreich. Man habe schon viel initiiert, was von der Landesstelle bestätigt worden sei. Oft seien unkonventionelle Wege erforderlich. Er dankt der Stadt dafür, dass diese Angebotslücke beschlossen wurde. Man sei froh, Menschen zu haben, die Zeit hätten, sich um andere zu kümmern. Ein Wehrmutstropfen sei, dass Frau Dullenkopf die Stadt zum Jahresende aus persönlichen Gründen verlassen werde. Man nehme dies zum Anlass, die Struktur der Streetwork zu hinterfragen. Voraussichtlich werde man künftig zwei 75%-Stellen und eine 50%-Stelle schaffen. Dann könnten die Streetworker mehr unterwegs sein und damit auch mehr Menschen erreichen und die unterschiedlichen Zielgruppen auch mit unterschiedlichen Augen betrachten. Hierbei denke man vor allem an die türkischen/ albanischen Jugendlichen, zu denen man endlich Zugang gefunden habe, was gestärkt werden müsse. Man benötige bei Streetwork ständig neue Ansätze. Bei den türkischen Jugendlichen habe sich gezeigt, dass ein spezielles Freizeitangebot benötigt werde. Man habe ein Fußballturnier zugesagt, das unbedingt noch stattfinden müsse. Er gibt zur Arbeit einen Flyer in Umlauf. Man führe auch Onlineberatungen durch, zunächst ganz anonym, was jugend- und zeitgemäß sei und gut angenommen werde.

Es wird applaudiert.

Anschließend referiert Frau Dullenkopf anhand einer Power-Point-Präsentation über die bisherige Arbeit und die Schwerpunkte von Streetwork in Biberach. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Durchschnittlich sei man dreimal wöchentlich unterwegs, teilweise alleine, teilweise zu zweit. Als Themen der Einzelfallbegleitung nennt sie unter anderem die Wohnraumversorgung und gibt zu verstehen, dass viele verdeckte Obdachlose existierten. Zur Einzelfallbegleitung zählten auch familiäre Probleme, Unterstützung bei Bewerbungen oder die Beschäftigung mit Jugendlichen, denen es einfach langweilig sei. Momentan habe man viel mit der Wohnungshilfe, der Caritas und anderen zu tun. Die Chatberatung werde sehr gut angenommen. Dort könne man Beratungsgespräche führen, die auf der Straße nicht stattfänden.

Es wird applaudiert.

OB Fettback stellt fest, der immer wieder artikulierte Wunsch nach Räumen werde auch hier deutlich. Er kündigt zum Jugendhaus in Kürze eine Vorlage an. Dann zeigt er noch auf, dass auch ein positiv orientiertes Projekt für Menschen mit Migrationshintergrund geplant sei, wobei sich eventuell Synergien mit dem Integrationskonzept ergäben und man eventuell auch Fördermittel erreichen könne. Er fragt, ob bekannt sei, wie viele der kontaktierten Personen aus Biberach stammten.

Frau Dullenkopf erwidert, die genannten 70 Personen hielten sich überwiegend in Biberach auf, kämen aber nicht unbedingt aus Biberach. Bei vielen hätten sich die Eltern getrennt und es sei schwer zu sagen, wo sie eigentlich hingehörten.

StR Abele dankt herzlich für den Vortrag. Der spontane Beifall zeige, wie wichtig man die Aufgabe nehme und dass der Einstieg ins Thema ein richtiger Anfang gewesen sei. Man sei schon weiter, als man dies nach dieser Zeit erwartet habe. Da es sich nur um eine Informationsvorlage handle, fühle er sich als Vorstand von Jugend-Aktiv nicht befangen. Er stelle seine Fragen in seiner Funktion als Fraktionsstellvertreter der CDU-Fraktion. Die genannten 2.775 Kontakte seien eine beeindruckende Zahl. Er fragt, wie viele Jugendliche man ansprechen könnte und wie viele man tatsächlich erreiche. Ferner bittet er darzulegen, wie man mit Sprachproblemen umgehe und welche persönlichen Erfolge oder Misserfolge genannt werden könnten. Ferner interessiere, in wie weit letztlich tatsächlich geholfen werden könne, beispielsweise wie viele Personen man letztlich tatsächlich mit Wohnraum versorgen könne. Er erbittet eine aktuelle Stellungnahme zum Stand der Räumlichkeiten für Jugendliche und fragt nach Ansätzen für die Zukunft, die man aus der bisherigen Erfahrung ableiten könne.

Frau Dullenkopf bestätigt, dass man eine Strichliste über die Kontakte führe. Die Differenz der Personen, die man weniger angetroffen habe, sinke. Diejenigen, die sich im Dunstkreis von Cliquen aufhielten und nicht persönlich bekannt seien, kämen in der Regel nicht aus Biberach. Sprachprobleme mit Jugendlichen habe man in der Regel nicht. Die Jugendlichen sprächen eigentlich immer deutsch. Problematisch seien allenfalls die Eltern oder Asylbewerber, für die man meist nichts unternehmen könne und wenn dann erfolge die Konversation meist auf Englisch. Die Messlatte für den Erfolg habe man relativ niedrig angesetzt. Man sehe es schon als Erfolg, wenn ein Beratungsgespräch mit Schweregefährdeten stattfinde, die danach mit hoherhobenem Haupt den Raum verließen oder erfolgreiche Bewerbungsgespräche führten. Misserfolge gebe es auch, beispielsweise mit Drogenabhängigen, wobei dies zur Arbeit dazugehöre. Bezüglich möglicher Beschäftigungen überlege man gut, was im Einzelfall möglich sei. Man habe ein Tagelöhner-Projekt in Überlegung und Projektmittel erhalten, mit denen man eine Honorarkraft eingestellt habe, die das Interesse bei Arbeitgebern ermitteln solle. Dies habe ergeben, dass sowohl ein Bedarf gegeben sei, man auch eine vermittelbare Klientel habe, dass es jedoch an der personellen Kapazität mangle. Zudem habe man Überlegungen zu einer Zusammenarbeit mit dem Dornahof angestrebt. Was den Wohnraum betreffe seien die Bedürfnisse unterschiedlich. Teilweise erfolge eine Zusammenarbeit mit dem Landratsamt was Notunterkünfte betreffe. Man halte ein Wohnraumkonzept für erforderlich und denke an ein betreutes Jugendwohnheim, was eine Anpassung des bestehenden Projektes für die eher schwierige Klientel wäre.

Herr König gibt zu verstehen, Zukunftsentwicklungen seien schwer vorhersehbar und er versuche das Tagelöhner-Projekt zum Laufen zu bringen und sei in Gesprächen mit Stiftungen, um eine zeitweise Finanzierung zu erreichen, damit man zeigen könne, dass Derartiges funktioniere. Im Bereich Wohnraum sei viel zu tun. Hier existierten viele Konzepte, aber der Wohnraum fehle. Das Jahrespensum an Arbeit sei somit voll und er versuche die Streetworker von derartigen Arbeiten freizuhalten.

Zur Raumsituation gibt er zu verstehen, für Jugend-Aktiv benötige man ein Büro, das man sich in der Ehinger-Straße 19 vorstelle. Dort sei auch der Kontaktladen. Dann habe jedoch der Stadtjugendring keine Räumlichkeiten. Sofern ein Jugendhaus realisiert werde, könnte der Stadtjugendring in das Gebäude Viehmarktplatz einziehen. Ein abtrennbarer Kontaktraum für Einzelgespräche fehle ebenfalls. Im Übrigen sei man halbwegs gut ausgestattet.

OB Fettback lässt wissen, man eruiere verwaltungsintern und dezernatsübergreifend, welche Raumsituation in der Stadt für die einzelnen Klienten bestehe. Er sei für den Graubereich zuständig, sprich diejenigen, die auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chance hätten. Dabei habe er festgestellt, dass ca. 50 Wohnungen fehlten, wobei es teilweise sicher Doppelnennungen gegeben habe.

StR Lemli stellt fest, man betreibe strategische Jugendarbeit anhand einer Konzeption, die mit Leben gefüllt sei und sei damit auf dem richtigen Weg. Grund für den Einsatz von Streetworkern seien negative Entwicklungen in Brennpunkten wie beim "Norma" gewesen. Er fragt, wie hier vorgegangen werde und welche Entwicklung es gegeben habe. Er wisse aus eigener Erfahrung, dass die Vernetzung bei Jugend-Aktiv hoch angesiedelt sei.

Frau Dullenkopf lässt wissen, in den ersten sechs bis neun Monaten der Tätigkeit habe man sich intensiv auf die Brennpunkte konzentriert und sei viel in den Teilorten unterwegs gewesen. Die Erfahrung zeige, dass alle Jugendlichen, die man in Brennpunkten angetroffen habe, auch in der Stadt anzutreffen seien und dass viele Brennpunkte nur am Wochenende problematisch seien. Ferner habe man festgestellt, dass sobald man am Wochenende oder abends unterwegs sei, von den Jugendlichen als Reglementierter oder Kumpels wahrgenommen werde. Dies sei nicht gewünscht. Würde diese Arbeit fortgesetzt, ginge wichtige Arbeitszeit verloren, weshalb man dies eher als Aufgabenfeld für den Präsenzdienst sehe.

StRin Goeth dankt namens der Freien Wähler für die Präsentation und die geleistete Arbeit. Sie fragt, wie mit festgestellten Gesetzesverletzungen umgegangen werde, da man einerseits das Vertrauen der Jugendlichen gewinnen müsse, andererseits auch Gesetzesvertreter sei. Ferner bittet sie mitzuteilen, ob man auch Erfahrung mit gewaltbereiten Jugendlichen habe. Bezüglich der Migranten habe man ihr erklärt, dass die Migranten verschiedener Herkunftsländer oft nicht miteinander auskämen. Beispielsweise könne ein türkischer Streetworker nicht mit Russen zusammenarbeiten. Ferner bittet sie um eine Einschätzung zur Nutzung eines Jugendhauses durch schwierige Jugendliche. Die Ausführungen zeigten, dass man den richtigen Ansatz gewählt habe und die Freien Wähler stünden hinter der Streetwork. Es sei Flexibilität erforderlich und sie ermutigt die Verantwortlichen auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Frau Dullenkopf lässt wissen, man bekomme Gesetzesüberschreitungen gar nicht so sehr mit. Vieles werde nur angedeutet, man werde also von den Jugendlichen geschützt. Aggressivität ihr gegenüber sei noch nie vorgekommen. Es habe eine Situation beim Public Viewing gegeben, bei der ihr Kollege von Erwachsenen angegangen worden sei. Sie habe oft die Erfahrung gemacht, dass Cliques als türkisch-albanische Gruppen bezeichnet würden, wobei die Gruppen oft total gemischt seien und auch Russen unter ihnen anzutreffen seien. Man erlebe es also nicht, dass sie sich ganz separierten. Sie unterstütze die Jugendhausinitiative sehr, da sie festgestellt habe, dass es vielen Jugendlichen einfach langweilig sei und diese sich dann vom kriminellen Charme angezogen fühlten, was mit einem Jugendhaus entfallen könnte. Sicher existierten aber auch junge Erwachsene, die sich von einem Jugendhaus nicht angesprochen fühlten.

StR Späh meint, es sei ein wichtiger Teil des Präventionspakets umgesetzt worden. Die Entscheidung, Streetworker zu beschäftigen, sei richtig gewesen. Dass die Arbeit Zeit benötige und Erfolge schwer messbar seien, sei klar gewesen. Er habe den Eindruck, dass die polizeiliche Arbeit angenommen habe. Er fragt nach einer Einschätzung, wie man zu einem Streetworker mit Migrations-

hintergrund stünde. Ferner gibt er zu bedenken, ob eine Zusammenarbeit mit der Baugenossenschaft stattfinde und ob eine städtische Unterbringungspflicht für die Jugendlichen bestehe.

OB Fettback lässt wissen, man befinde sich in Gesprächen mit Wohnungsbaugesellschaften. Die Priorität liege nicht bei der Baugenossenschaft, diese mache sich aber Gedanken. Klar sei, dass Bedarf im Mietwohnungsbereich bestehe. Über Frau Alger habe man erfahren, dass 274 Menschen in Biberach lebten, die trotz Beschäftigung nicht in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Herr König lässt wissen, bei der Besetzung der Streetworker-Stelle gehe Qualität vor dem Herkunftsland von Bewerbern. Man habe in der ersten Vorstellungsrunde einen türkischen Bewerber gehabt, insgesamt sei dieser aber nicht geeignet gewesen, da er manche Arbeiten aus Glaubensgründen abgelehnt habe. Man mache sich viele Gedanken über die Messbarkeit von Erfolgen und könne beispielsweise die Kriminalitätsrate heranziehen, diese sei aber von sehr vielen Faktoren abhängig. Die Messbarkeit sei daher generell schwierig. Es sei jedoch schon ein Erfolg, wenn manche Jugendliche erklärten, dass sich erstmals jemand um sie kümmere.

StR Braig zeigt sich beeindruckt von der sanktionslosen Arbeitsweise in Abgrenzung zum Präsenzdienst und zur Polizei. Auch die Vorlage sei sehr gut.

Herr König erwidert, Sozialpädagogik sei nicht sanktionslos. Die Jugendlichen reagierten oftmals sehr heftig auf die Streetworker. In Problemen zu bohren schmerze oft mehr als eine Haftstrafe.

OB Fettback bedankt sich abschließend und äußert sein Bedauern, dass Frau Dullenkopf die Stadt verlasse. Dank gebühre auch den ehrenamtlich bei Jugend-Aktiv tätigen Gemeinderäten.

Es wird applaudiert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 128/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 20.09.2010. Dabei wurde vereinbart, die Begründung insoweit zu ändern, als Wasserzinserhöhungen als Grund für höhere Betriebskosten gestrichen werden.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Da der Zuschuss gedeckelt werde, bestehe für den Verein dennoch ein Anreiz, Betriebskosten zu sparen. Es sei zugesagt worden, die Einnahme- und Ausgabesituation im Folgejahr darzustellen und zu prüfen.

StRin Kübler meint, zu einer zeitgemäßen Vereinsförderung gehöre die Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung von Betriebskostenzuschüssen dazu. Vom Verein werde hervorragende Arbeit geleistet, auch ehrenamtlich. Man sei froh, immer wieder engagierte Menschen zu finden, die neue Ideen einbrächten. Die SPD-Fraktion stimme zu.

StR Zügel stellt fest, erstmals erfolge eine Zuschusserhöhung mit der Begründung gestiegener Betriebskosten. Die Vorlage sei dennoch zustimmungsfähig, da der absolute Betrag sich in Grenzen halte. Dies dürfe aber kein Präzedenzfall werden. Die Transparenz der Darstellung der Einnahmesituation sei zu verbessern und der Verein müsse auch versuchen, mehr Einnahmen zu generieren. Prinzipiell sehe man keinen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Mehrgenerationenhaus. Der Betriebskostenzuschuss werde gewährt, da man die Arbeit des Stadtteilhauses schätze. Wenn das Projekt Mehrgenerationenhaus auslaufe, könne man dieser Arbeit dennoch zustimmen.

StR Späh kündigt die Zustimmung der Grünen an. Diese sei verbunden mit der Hoffnung, dass der Bund die Folgefinanzierung des Mehrgenerationenhauses sicherstelle.

StR Funk **beantragt** getrennte Abstimmung, da die FDP-Fraktion Ziffer 1 zustimme, nicht jedoch Ziffer 2. Als Begründung steigende Energiekosten von 16% zu nennen sei nicht richtig, da beispielsweise die e.wa riss seit langem eine Gaspreissenkung angekündigt habe und man 2011 andere Energiekosten haben werde als noch aktuell. Es sei daher ein Trost, dass der erhöhte Zuschuss in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich nicht in Anspruch genommen werde.

OB Fettback betont, dass eine Spitzabrechnung der Betriebskosten erfolge, sodass keine Bereicherungsgefahr bestehe.

Frau Engelhardt bestätigt dies auch für die Vergangenheit.

Ohne weitere Aussprache tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt. Den Ziffern 2 und 3 bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Fortsetzung der Zahlung des Betriebskostenzuschusses an den Verein Stadtteilhaus Gaisental e.V. zum Betrieb des Mehrgenerationenhauses / Stadtteilhauses Gaisental wird zugestimmt.**
- 2. Der Zuschuss wird weiterhin auf 80 % der Betriebskosten gedeckelt und für die nächsten 3 Jahre (2011, 2012, 2013) auf 20.500 € (HHSt. 1.4800.701000.9) festgesetzt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Stadtteilhaus Gaisental e.V. die zum 1.1.2007 in Kraft getretene Vereinbarung bezogen auf den neuen Betriebskostenzuschuss anzupassen.**

TOP 5 Änderung des Bebauungsplanes "Grüner Weg West/Krankenhausbereich 1. Änderung" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB in einem Teilbereich (Wegparzelle 1577/25) Aufstellungsbeschluss

147/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 147/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 16.09.2010 vorbereitet und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Die StRe Brenner und Funk erklären sich für befangen und verlassen den Ratstisch.

BM Kuhlmann erläutert kurz den Zusammenhang und die Planungsabsichten. Er betont, dass der öffentliche Fußweg und die Grünflächen erhalten blieben. Im Bauausschuss sei die Zufahrt der Parkplätze angesprochen worden. Diese erfolge über das Betriebsareal.

StR Deeng kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an. Man begrüße, dass örtliche Unternehmen die Möglichkeit erhielten, dringend benötigte Stellplätze zu errichten.

Auch StR Keil meint namens der SPD-Fraktion, dies sei positiv für die Unternehmen aber auch für die Bewohner, denn der bisherige Wildwuchs beim Parken werde beseitigt und eine strukturierte Lösung möglich. Die Veränderung bei der Grünfläche sei positiv für die Anwohner, das sie dadurch mehr Licht erhielten.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft StR Heinkeles zustimmen. Man sehe den Bedarf des Unternehmens gegeben und wolle den Betrieb vorort halten. Ob die Anwohner zustimmten, werde man im weiteren Verfahrensverlauf sehen.

StR Weber meint, wo saftiges Grün sprieße, dort sei die Natur in Ordnung. Diese sei auch ein Wohlfühlfaktor. Die Natur schaffe im konkreten Falle eine wunderbare Abstufung. Es gelte Handwerksbetriebe zu halten. Stellplätze müssten jedoch nicht immer vor der Haustüre sein, weshalb er fragt, ob Alternativen bestünden und ob eventuell eine Teilfläche ausreichend wäre. Er habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, sei vor Ort gewesen und könne aufgrund der Gesamtabwägung nicht zustimmen.

StR Braig hebt darauf ab, dass es sich erst um den Aufstellungsbeschluss handelt, mit dem man das Verfahren auf den Weg bringe. Daher stimme die FDP-Fraktion zu. Er bezeichne es als wichtig, die Anwohner anzuschreiben und nicht nur über die Presse über die Planungsabsichten zu informieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Nein-Stimme (StR Weber), 3 Enthaltungen (StRe Dr. Schmid, Späh, Sonntag) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der im Lageplan von Drucksache Nr. 147/2010 gekennzeichnete Teilbereich des Bebauungsplanes "Grüner Weg West/Krankenhausbereich 1. Änderung" wird im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB geändert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 156/2010 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 16.09.2010. Die abweichende Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 156/2010-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Zur Sitzung wurde ein Antrag der Grünen eingebracht, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist

StR Dr. Schmid ist befangen und verlässt den Ratstisch.

BM Kuhlmann spricht den Antrag der Grünen an und lässt wissen, diese Frage habe man auch im Bauausschuss diskutiert. Er zeigt die Situation am Plan. Das Landesdenkmalamt habe Einspruch gegen die Absicht erhoben, das Vorhaben direkt an der Stadtmauer zu ermöglichen. Ziel des Landesdenkmalamtes sei es, die Stadtmauer möglichst frei zu stellen. Historisch sei dies in diesem Teilbereich der Stadtmauer der Fall gewesen, weshalb man dieser Stellungnahme gefolgt sei. Die Grünen fragten sich nun, ob damit ein Präzedenzfall geschaffen werde. Dies sehe er nicht so. Man werde immer wieder für eine Stadtmauerbebauung kämpfen wo dies historisch belegt sei.

StR Abele meint, die CDU-Fraktion könne dem Antrag der Grünen zustimmen. Die Vorlage sei ausführlich im Bauausschuss diskutiert worden und man bleibe bei der in der Ergänzungsvorlage festgehaltenen Beschlussempfehlung.

StR Keil sieht einen Zusammenhang mit dem Gestaltungsbeirat und bezeichnet es als positiv, dass ein abbruchreifes Gebäude eine neue Gestalt erhalte und damit ein Stück Innenstadt eine neue Wohnqualität. Dennoch sei man aufgrund der Planung etwas in Sorge.

Die markante Situation von der Viehmarktstraße 13 her würde erheblich leiden, weshalb Vorsicht geboten sei. Ausgewogene Proportionen stellten einen wesentlichen Wert der Altstadt dar. Daher habe er starke Bedenken zur Absicht, in die Pfluggasse hinein zuzubauen. Diese Frage müsse man im weiteren Verfahren berücksichtigen.

Zur Stadtmauerbebauung bringt er vor, die momentane Situation sei sehr unschön, da vor der Stadtmauer der Blumenladen seine Abfälle lagere. Es sollte möglich sein, so zu bauen, dass eine sinnvolle Nutzung möglich werde. Die Bebauung auf dem bisherigen Behördenstellplatz könne vielleicht eine Art Leuchtturmbebauung werden. Mit den Problemen der Mitarbeiterstellplätze wolle man nicht behelligt werden. Dies solle die Verwaltung intern regeln. Eventuell sei auch eine besondere Energieversorgung möglich, wenn sich die Eigentümer zusammenschließen.

OB Fettback gibt zu verstehen, mit dem Behördenstellplatz dürfe man die Verwaltung nicht alleine lassen. Die Stadt spare momentan viel Geld dadurch, dass viel Vielfahrer ihre Privat-PKW zur Verfügung stellten und man so Dienstfahrzeuge spare.

StRin Goeth meint, die Freihaltung der Stadtmauer werde vom Landesdenkmalamt erstmals gefordert und sie stehe ihr kritisch gegenüber. Man solle alle Gesprächsmöglichkeiten mit dem Landesdenkmalamt ausschöpfen. Es sei immer die Frage, welchen Zustand man als historisch betrachte, das 16. oder das 18. Jahrhundert. Die Menschen hätten immer entsprechend den Bedürfnissen gebaut. Die Stellplatzfrage müsse man zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren.

StR Weber begründet den Antrag der Grünen damit, dass in der Vergangenheit immer wieder eindrucksvolle Bebauungen der Stadtmauer stattgefunden hätten, was auch weiterhin möglich sein sollte.

StR Funk findet die Vorlage wichtig und bittet die Verwaltung, zu ermöglichen, was möglich sei. Den Antrag der Grünen unterstütze man uneingeschränkt. Gleiches gelte für die Unterstützung der Stadt was die Stellplätze beim Ordnungsamt betreffe. Würde sich auf diesem Areal etwas tun, wäre in der gesamten östlichen Innenstadt mehr erreicht als sich in den letzten 10 Jahren in der Sanierung der Oststadt getan habe.

StR Dr. Nuding wiederholt seine Stellungnahme aus dem Bauausschuss. Die Maßnahme werde noch unter Geltung der alten Stadtbildsatzung beurteilt, die relativ großzügig sei. Man erwarte, dass der Investor auch kompromissbereit sei und sich in die neuen Vorstellungen einfüge.

BM Kuhlmann bemerkt, über die Verschiebung des Gebäudes habe man im Bauausschuss ausführlich diskutiert und dies sei in der Schwäbischen Zeitung korrekt dargestellt worden. Die Verwaltung sei für eine Bebauung der Stadtmauer gewesen, was zum Dissens mit dem Landesdenkmalamt geführt habe. Das Landesdenkmalamt wolle die Stadtmauer grundsätzlich freihalten. Die Stadt sei jedoch anderer Meinung, da die Stadtmauer immer wieder auch bebaut worden sei. Man nehme den Antrag der Grünen gerne positiv auf und könne mit dem Landesdenkmalamt gerne weiter verhandeln, wolle es aber nicht zum Streit kommen lassen. An anderer Stelle könne es wichtiger sein, auf eine Stadtmauerbebauung zu bestehen.

Der **Antrag der Grünen** wird bei 6 Enthaltungen (StRe Dullenkopf, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Der Vorlage wird bei 6 Nein-Stimmen (StRe Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Sonntag), einer Enthaltung (StRin Drews) zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Anwohner und der Träger öffentlicher Belange laut Drucksache 156/2010 werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen.**
- 2. Der Bebauungsplan "Pfluggasse/Bachgasse II", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 897/11 vom 20.09.2010 Index 2 im Maßstab 1 : 200 mit Textteil wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Landesdenkmalamt Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, dass ein zukünftiges Bauen an die Stadtmauer weiterhin ermöglicht wird.**

Anschließend wird die Sitzung von 19:30 bis 19:50 zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 157/2010 zur Beschlussfassung vor. Im Nachgang zur Vorberatung im Bauausschuss am 16.09.10 und im Hauptausschuss am 20.09.10 erstellte das Hochbauamt eine Informationsvorlage, die Drucksache Nr. 157/2010-1, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann erläutert das Projekt und betont, dass kein großer Eingriff in den Bestand erforderlich werde, sondern ein Neubau angebaut werden könne. Der Bestand sei sehr wertvoll und hier seien nur geringfügige Anpassungen notwendig.

StR Dullenkopf meint, der Kindergarten sei mit Sicherheit der Kindergarten mit der schönsten Außenanlage. Die CDU-Fraktion sei sehr einverstanden mit der Sanierung. Man habe immer wieder das Gespräch mit den Eltern gesucht und versucht, die Maßnahme zu forcieren. Daher sei man nun froh über den Entwurf. Bei Bedarf habe man sogar noch Optimierungsmöglichkeiten in den drei Gruppen. Selbst wenn ein Neubau günstiger wäre, würde die CDU-Fraktion sich für die Sanierung aussprechen. Bezüglich der Sanitärsituation sei noch nicht das letzte Wort gesprochen. Dies könnte die nächste Maßnahme sein, müsse aber nicht jetzt entschieden werden.

Auch die SPD-Fraktion sei froh, dass der Erweiterungsbau endlich realisiert werde, meint StRin Kübler. Der Entwurf lasse auf ein gutes Ergebnis hoffen. Wunschgedanke sei ursprünglich gewesen, die Maßnahme zu einem weit früheren Zeitpunkt zu realisieren und man habe nun die Hoffnung, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen komme. Den Eltern gebühre Dank für ihren Einsatz und die Hartnäckigkeit, mit der sie auf die Erweiterungsnotwendigkeit aufmerksam gemacht hätten. Die SPD-Fraktion spreche sich klar gegen einen Neubau aus, der von der FDP-Fraktion ins Gespräch gebracht worden sei. Man könne sich keine bessere Lage für den Kindergarten vorstellen und Neubauplanungen würden auch eine weitere Verzögerung bedeuten.

Ziffer 6 der Vorlage könne man nur bedingt zustimmen. Man frage sich, wann bei der WC-Anlage Erneuerungsbedarf bestehe. Die Anlage sei 30 Jahre alt und erwecke aufgrund von Ablagerungen einen schmutzigen Eindruck. Die Trennwände rosteten. Dieser Zustand passe nicht mehr zum nachher sanierten Ambiente des Kindergartens. Die Sanierung der Sanitäranlagen müsse daher gleich im Anschluss an die Fertigstellung des Erweiterungsbaus erfolgen. Sofern die Verwaltung aktuell keine entsprechende Zusage mache, werde man einen entsprechenden Antrag zum Haushaltsplan stellen.

StR Heinkele signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Man habe sich bei einer Besichtigung ein Bild vom relativ guten Zustand der Anlage gemacht und sei von der gesamten Anlage sehr angetan. Die Alternative eines Neubaus sei von der Verwaltung als zu teuer dargestellt worden, was man als nachvollziehbar erachte.

StR Späh meint wie StRin Kübler, die Sanierung der Sanitäranlagen müsse schnellstmöglich nach dem Erweiterungsbau erfolgen. Die Grünen stimmten der Vorlage zu.

StR Funk bemerkt, man berate nun die dritte Vorlage in Kindergartenangelegenheiten, die nicht akzeptabel sei und als krasses Gegenbeispiel zur Vorlage zum Neubau des Bildungszentrums gesehen werden müsse, für die man die Verwaltung gelobt habe. Er bittet diese Kritik nicht persönlich zu nehmen. Bei der Diskussion zum Kindergarten St. Martin habe sich die FDP-Fraktion enthalten, da die Neubauvariante nicht berechnet worden sei und man habe die Bitte geäußert, dies künftig zu tun. Rechne man die Kosten dieses Projekts hoch, benötige man für die Kindergärten in der Zukunft 34 Mio. Euro. In der Finanzplanung seien aber nur 4 Mio. Euro vorgesehen. Der Kindergarten in Mettenberg sei unter 1 Mio. Euro neu gebaut worden. Dies lege es nahe, die Neu-

baukosten zu eruieren. Die erste Vorlage der Verwaltung sei unvollständig gewesen, da die Fenster und Wärmeverbundmaßnahmen gefehlt hätten. Die Neubaukostenberechnung des Hochbauamtes sei falsch. Er legt dies ausführlich dar und nennt seine Alternativrechnung, nach der ein Neubau billiger käme. Man benötige für künftige Entscheidungen das Gesamtkonzept zum Bedarf an Kindergartengebäuden. Eventuell müsse man zu einer modularen Bauweise kommen, da es nicht so weiter gehen könne, wie bisher. Dies sei ihm als Signal wichtig. Dieses Thema wolle man spätestens in 18 Monaten abgearbeitet wissen im Gesamtpaket Ganztagsbetreuung, Bildungsgutscheine und anderes mehr. Die FDP-Fraktion wolle die Maßnahme nicht blockieren und werde sich daher enthalten.

Herr Kopf lässt wissen, Sanierungen erfolgten dann, wenn technische Anlagen defekt seien. Dies könne man bei Anlagen dieses Alters nie vorhersehen. Für diesen Fall sei eine Auskernung bis zum Rohboden erforderlich, sprich eine Generalsanierung.

EBM Wersch gibt zu verstehen, man habe die Dinge eingerechnet, die gewünscht würden. Wenn dies nicht gefalle, befinde man sich im spekulativen Bereich. Man habe auch versucht dazulegen, dass es nicht möglich sei, einen dreigruppigen Kindergarten an anderer Stelle in diesem Standard kostengünstiger zu erstellen. Auch er bedauere die Baukostensteigerung. Die Diskussion um eine standardisierte Bauweise habe man versucht. Man müsse auch akzeptieren, dass die Gegenrechnung der Neubaukosten nicht erfolgreich sei. Ein Vergleich zum Kindergarten Mettenberg hinke, da man diesen als zweieinhalbgruppigen Kindergarten geplant und dann um eine Baracke erweitert habe. Seit 2004 seien überdies die Baukosten gestiegen und auch das Anforderungsprofil habe sich geändert, sodass man diese Kindergärten nicht 1:1 vergleichen könne. Mit den genannten 34 Mio. Euro Finanzierungsbedarf für Kindergärten könne er nichts anfangen. Im Haushaltsplanentwurf seien einige Mio. Euro ausgelöst durch Kindergartenplanungen enthalten. Es sei jedoch fraglich, ob alles in der gedachten Zeitschiene realisiert werde. Insgesamt arbeite man am Konzept, es sei aber festzustellen, dass beim Kindergarten St. Nikolaus die Substanz in die Jahre gekommen sei und andere Qualitätsanforderungen bestünden, weshalb nun eine Sanierung und Erweiterung erforderlich werde. Dass dies sehr viel Geld koste sei klar und daher müsse man die Maßnahmen auch genau prüfen. Dies sei erfolgt und danach sei eine Bestandssanierung des Kindergartens St. Nikolaus sinnvoll.

StR Funk gibt zu verstehen, er habe nur von der Verwaltung wissen wollen, mit wie viel Quadratmetern ein Kindergarten geplant werden müsse, wenn ein Neubau erstellt würde. Diese Zahl sei ihm nicht genannt worden.

EBM Wersch antwortet, man habe als Größenordnung zwischen 860 und 930 Quadratmeter genannt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Entwurfsplanung des Architekturbüros Günter Schmitt + Dominik Poss wird zugestimmt.**
- 2. Der Kostenberechnung mit Gesamtkosten in Höhe von 1.250.000,-- € wird zugestimmt.**
- 3. Die weitere Finanzierung erfolgt wie dargestellt im HH-Plan 2011.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 149/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 20.09.10

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die bei der HSt. 1.4649.700000.3 (Allgemeine Kinderbetreuung - Zuschüsse für lfd. Zwecke) entstandene üpl. Ausgabe in Höhe von 110.380 € wird genehmigt. Die üpl. Ausgabe ist im Rahmen des Jahresergebnisses gedeckt.**
- 2. Die bei der HSt. 1.4649.700200.6 (Allgemeine Kinderbetreuung - Zuschüsse Kleinkindbetreuung) entstandene üpl. Ausgabe in Höhe von 608.079 € wird genehmigt. Die üpl. Ausgabe ist im Rahmen des Jahresergebnisses gedeckt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 154/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 16.09.10 und im Jugendparlament am 22.09.10.

Frau Fischer trägt das Thema vor. Dabei nennt sie Unfallschwerpunkte, umgesetzte und geplante Maßnahmen und verdeutlicht, dass man die Maßnahmen in drei Prioritäten eingeteilt habe. Der Radverkehr habe bundes- und landesweit an Bedeutung gewonnen und werde nicht mehr nur als Freizeitverkehr gewertet. Mit einer konsequenten Verbesserung der Infrastruktur sei man daher auf dem richtigen Weg.

OB Fettback dankt für den kurzen, knackigen und informativen Vortrag. Er zeigt sich überzeugt, dass verschiedene gute Angebote erforderlich seien für die Fortbewegung. Das Fahrrad stelle in Biberach wirklich eine Alternative dar. Wenn dann noch Elektrobikes auf dem Vormarsch seien, bestünden noch mehr Alternativen zum Auto. Er sehe dies als Chance für den ländlichen Raum. Man müsse auch die Südbahn mit Blick auf den Radverkehr stärken.

StR Abele dankt für die Vorlage und den Vortrag, aus dem der Enthusiasmus für das Thema abgelesen werden könne. Die Verwaltungsanträge erschienen schlüssig und die CDU-Fraktion werde zustimmen. Die Unfallstatistik sei erschreckend, zumal die Dunkelziffer deutlich höher sei. Es sei daher wichtig, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und es seien weitere Maßnahmenvorschläge erforderlich. Vielleicht benötige man auch andere Hinweisschilder, bauliche Einschränkungen und anderes mehr, um diese Unfallschwerpunkte zu entschärfen.

Der Bedarfstreifen im Bereich Bismarckring sei die am weitestgehende Maßnahme. Die Zustimmung sei der CDU-Fraktion angesichts der temporären Verkehrsbelastungen auf dem Ring nicht einfach gefallen, zumal man bei der Diskussion um die Busbeschleunigung von einem Fahrbahnwechsel zur Verkehrsbeschleunigung diskutiert habe. Wenn jedoch keine einseitige Verschlechterung zu Ungunsten eines Verkehrsmittels mit der Maßnahme verbunden sei, sei man bereit, den Versuch zu wagen. Sollte jedoch eine Verschlechterung der Gesamtsituation eintreten, müsse man den Mut haben, diese Maßnahme rückgängig zu machen. Es müsse klar sichergestellt sein, dass der Bus nicht in die Fahrbahn ragen dürfe, wenn eine Verlagerung der Busspur gewollt sei.

StR Keil spricht von der lebendigen Innenstadt und vom Leben in der Stadt. Dies hänge auch von komfortablen, sicheren und verständlich geleiteten ÖPNV-Angeboten und vom Radverkehr und dessen Möglichkeiten ab. Immer mehr Menschen sähen Vorteile in der Nutzung des Rades. Man müsse sich von dem Wunsch verabschieden, dass PKW in einer Stadt der Größe Biberach das schnellste Verkehrsmittel darstellten. Angebotsstreifen wie sie nun am Bismarckring vorgesehen seien gebe es schon in vielen Städten und seines Erachtens würden sie von PKW-Fahrern akzeptiert.

Er spricht noch ein Sicherheitsproblem in der Theodor-Heuss-Straße an, in der die Abbiegesituation in das Gebiet Sandberg gefährlich sei. Gleiches gelte für die Schlierenbachstraße auf dem Mittelberg. Hier bestehe Handlungsbedarf.

StRin Goeth dankt für die guten Ideen und deren zügige Umsetzung. Manchmal werde unmöglich scheinendes realisiert, wie beispielsweise der Angebotsstreifen auf dem Bismarckring. Die Vorlage verdeutliche auch den Sinn eines langfristigen Konzepts. Die im Bauausschuss gestellten Fragen seien beantwortet worden. Ein Punkt beschäftige die Freien Wähler noch, nämlich das Radfahren entgegen der Einbahnstraße in Tempo-30-Zonen. Weder Fahrradfahrer noch PKW-Lenker seien sich dieser Regelung bewusst, was zu gefährlichen Situationen führen könne. Sie fragt, wie

diese Möglichkeit kommuniziert werden könne. Als weiteren Punkt spricht sie das Hinweisschild auf das Deutsche Jugendherbergswerk an und meint, dieses verstehe niemand. Sie fragt, ob es in Jugendwerk geändert werden könne.

OB Fettback erwidert, man sei ohnehin dabei, die gesamte Innenstadt auf mögliche Verkehrsveränderungen zu untersuchen. Bei dieser Gelegenheit lässt er wissen, man beabsichtige, die Innenstadt künftig als Zentrum zu bezeichnen.

Frau Fischer lässt wissen, für die angesprochene Möglichkeit für Fahrradfahrer zum Fahren in Einbahnrichtung müssten erst noch die erforderlichen Schilder aufgestellt werden. Ohne diese sei dies momentan noch gar nicht zulässig.

StRin Sonntag dankt für die Vorlage und sieht die Radwege bei Frau Fischer in guten Händen. Sie nehme Anregungen schnell auf. Den Angebotsstreifen auf dem Bismarckring findet sie einen guten Versuch. Radfahren müsse attraktiver und sicherer werden und Biberach sei hier auf einem guten Weg. Für Fahrradfahrer sei jedoch auch eine Fortbildung erforderlich. Die Rücksichtnahme müsse auch angesichts zunehmender Elektrobikes zunehmen, denn deren Fahrer seien oft unerfahren. Sie plädiert für einen kreativen Umgang bei Verkehrsverbindungen und nennt als ihr Motto "Das Rad ins Zentrum, die Autos auf den Ring". Als gefährlich bezeichnet sie Radwege mit Gegenverkehr.

OV Aßfalg zeigt sich über die Fortschreibung des Radwegeplans erfreut, bringt jedoch sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Ortsteile nicht aufgenommen worden seien. Der letzte Geh- und Radweg in Stafflangen sei vor 20 Jahren gebaut worden. Beim Straßenbauamt liege auch kein Antrag für Stafflangen vor, sodass die nächsten 5 - 10 Jahre in Stafflangen nichts gebaut würde.

OB Fettback gibt OV Aßfalg recht, gibt aber zu bedenken, dass es auch eine Frage der personellen Kapazität sei. Er regt an, für manches Problem eventuell mit ehrenamtlich Tätigen Lösungen zu finden.

StRin Drews bringt vor, das JuPa habe geäußert, dass der Bismarck- und der Zeppelinring dringend ertüchtigt werden müssten. Jetzt seien sie aber erst in Priorität drei vorgesehen. Sie bittet zu überlegen, wie diesem Dissens begegnet werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Fortschreibung des Radwegekonzeptes (Planfassung 04/2010) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Plan und in der Tabelle dargestellten fehlenden Verbindungen, entsprechend ihrer Priorität, geeignete Lösungsvorschläge auszuarbeiten.**
- 2. Auf dem Bismarckring wird beidseitig in dem Abschnitt "Bleicherstraße – Bahnhofstraße" ein Angebotsstreifen für Radfahrer markiert.**
- 3. Die Bushaltestelle "Bleicherstraße" wird verlegt.**

**TOP 10 Änderung der Hauptsatzung
zur Abschaffung der Unechten Teilortswahl bei den Kommunalwahlen
- Bildung des Vermittlungsausschusses**

41/2010 - 3

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 41/2010-3 zur Entscheidung vor. Thema ist lediglich die Bestellung der Mitglieder für den Vermittlungsausschuss.

OB Fettback lässt wissen, er gehe davon aus, die Beratungen der Vermittlungsausschüsse in zwei getrennten Blocks abzuhalten und dass die Beratung eines Gremiens maximal zwei Stunden in Anspruch nehme.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Es wird ein Vermittlungsausschuss für jede Ortschaft gebildet.**
- 2. Als Vertreter des Gemeinderats werden in die jeweiligen Vermittlungsausschüsse die ehrenamtlichen Stellvertreter des Oberbürgermeisters entsandt. Im Verhinderungsfall werden sie von ihrem Fraktionsvorsitzenden vertreten.**

Ordentliches Mitglied	Verhinderungsstellvertreter/in
StR Edmund Wiest	StR Hans-Jürgen Dullenkopf
StR Werner-Lutz Keil	StRin Gabriele Kübler
StRin Marlene Goeth	StR Frieder Zügel

**TOP 11 Bürgerversammlung am 18. Oktober 2010
- Festlegung von Termin, Ort und Thema**

161/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 161/2010 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Am 18. Oktober 2010 findet um 19 Uhr im kleinen Saal der Stadthalle Biberach eine Bürgerversammlung zum Thema Neuer Entwurf der Stadtbildsatzung statt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 158/2010 zur Information vor.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und lässt wissen, für 2011 sei eine größere Bürgeranhörung geplant.

StR Dullenkopf findet die Regelung unnütz. Er fragt, ob es Perspektiven zur Dauer der Erhebung gebe, die seines Erachtens mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde. Er fragt, wer die Kosten hierfür trage. Er gehe davon aus, dass es den Gebührenzahler treffe. Gleiches gelte vermutlich für die Personalkosten, die über den Gebührenhaushalt abgewickelt werden müssten.

OB Fettback bestätigt beides.

StR Dr. Nuding findet die Änderung nicht überflüssig. Viele Gemeinden hätten sie bereits umgesetzt. Das Splitting sei gerechter. Die Vorlage sei gut, richtig und knapp. Er fragt, wie die Niederschlagswassermenge ermittelt werde und die Kosten hierfür erhoben würden. Die Vorgehensweise nach Variante 3 bezeichnet er als richtig. Die bayrische Vorgehensweise würde er nicht akzeptieren.

StR Dr. Compter meint, der Inhalt der Vorlage sei unbefriedigend. Klagen nützten jedoch nichts, da sie nichts bewirkten. Kleinere Grundstücke würden bislang sicher benachteiligt, aber durch die neue Regelung entstünden Mehrkosten, die wieder alle belasteten.

StR Funk fragt, wie die Verteilung der einmaligen Kosten vorgesehen sei und was wäre, wenn man nichts ändern würde.

StR Späh meint, Wasser sei wertvoll und der Erhalt sauberen Wassers wichtig. Im ländlichen Raum bestünden Ängste wegen teilweise großer Dachflächen.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, man müsse die Maßnahme auf Grund einer höchstrichterlichen Entscheidung angehen, da Klagen zu erwarten seien. Die Befliegung sei ohnehin gedacht und man wolle mit ihr auch weitere Daten für das graphische Informationssystem und anderes mehr erheben. Die Folgen der Flächenversiegelungen seien enorm und mittlerweile zu spüren. Es sei eine gewisse Ungerechtigkeit, wenn jemand, der in einer Eigentumswohnung wohne gleich viel bezahlen müsse wie jemand mit einem großen Grundstück.

Herr Rechmann fügt an, die neue Gebühr solle zum 01.01.2012 in Kraft treten. Die Kosten würden dann umgelegt, wenn sie anfielen. Die von StR Dr. Nuding angesprochenen Ermittlung der Niederschlagswassermenge sei sehr kompliziert und werde sicher zum großen Streitpunkt werden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 13 Bekanntgaben - GTZ-Projekte in Telawi

OB Fettback lässt wissen, Biberach habe den Zuschlag für die vierte Phase der GTZ-Projekte erhalten. Der GTZ-Vertrag liege seit der Vorwoche vor. Es sei eine Fortschreibung der Verträge von September 2010 bis Ende 2011 erforderlich. Es seien 59.000 Euro bewilligt worden, die zur beruflichen Fortbildung, für ein Bürgerbüro, zur Beratung bezüglich der Mülldeponierung, der Weiterentwicklung des Umweltschutzgedankens, der Wirtschaftsförderung und zur Förderung regenerativer Energie verwendet werden sollten. Für die Stadt sei das Projekt nicht kostenlos, da man wie bisher die Maßnahmen personell begleiten wolle und die Personalkosten hierfür trage.

Der Gemeinderat erklärt sich einverstanden, das GTZ-Projekt fortzusetzen und die Verträge anzupassen.

TOP 14 **Verschiedenes - Stuttgart 21**

StR Funk dankt OB Fettback namens der FDP-Fraktion, dass er zu Stuttgart 21 Position bezogen habe. Er stelle sich die Frage, in wie weit die Verwaltung weiter zur Mitarbeit in dieser Richtung bereit sei, um weitere Argumente in die Öffentlichkeit zu transportieren. Beispielsweise seien Zürich und Wien entsprechend aktiv. Er meint, eventuell könnte Wirtschaftsförderer Strecker tätig werden. Er habe den Wunsch, die Landtagsabgeordneten, die gegen die Maßnahme operierten, in eine öffentliche Sitzung einzuladen, in der dann das Thema diskutiert und Ausführungen belegt werden könnten.

OB Fettback gibt zu verstehen, er stehe zu seinen Ausführungen, vor allem denen im Wochenblatt. Er sei gerne dabei, wenn zu einer Anhörung eingeladen werde. Dies sollte aber von den Fraktionen oder Ortsverbänden ausgehen und nicht vom Gemeinderat, da hier keine einheitliche Meinungen zum Thema bestehe. Er könne auch gerne Informationen vom Gemeindetag oder Städtetag zur Verfügung stellen. Vielmehr könne man jedoch nicht tun. Das Projekt werde seines Erachtens Auswirkungen auf die Südbahn haben.

Gemeinderat, 27.09.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann